Pressemitteilung

Verband Queere Vielfalt

06.04.2017

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Weltgesundheitstag: Diskriminierung macht krank / LSBTI-Gesundheitsbericht notwendig

Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!

Am 07. April ist Weltgesundheitstag. Das Thema für 2017 lautet „Depression - Let's talk". Dazu erklärt ***Gabriela Lünsmann, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):***

Homo- und Transphobie machen krank und verhindern ein Erreichen bestmöglicher physischer und seelischer Gesundheit. Laut dem Weltärztebund sind direkte und indirekte Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung häufige Ursachen für psychische und physische Erkrankungen.

Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) erleben allerdings auch Medizin und Gesundheitswesen als Orte der Diskriminierung und Gewalterfahrung. Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von Homosexualität, Trans- und Intergeschlechtlichkeit haben neben körperlichen Schädigungen auch massive psychosoziale Folgen für die Betroffenen. Die Kluft zwischen ihrem Bedarf und ihrer tatsächlichen gesundheitlichen Versorgung verstärkt sich durch weitere Kategorien der sozialen Differenz wie z.B. soziale und ethnische Herkunft, Einkommen oder Wohnort.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) fordert eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung. Im UN-Sozialpakt ist das Recht auf Gesundheit verbrieft. Als Vertragsstaat hat Deutschland das Recht eines jeden Menschen auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit anerkannt. Dieses Menschenrecht auf Gesundheit beinhaltet einen diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, d.h. eine geschlechtergerechte und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung, die sich auch an den Bedürfnissen von (LSBTI)-Patient*innen ausrichtet und orientiert. Der LSVD fordert dafür auch die Erstellung eines gruppenspezifischen Berichts zur gesundheitlichen Lage von LSBTI in Deutschland durch das Bundesgesundheitsministerium.

Psychologie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen stehen für den LSVD in der Verantwortung, LSBTI vorurteilsfrei gegenüberzutreten. Dazu verpflichtet sie die Genfer Deklaration des Weltärztebundes [http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/Genf.pdf] als zeitgemäße Version des Eids des Hippokrates explizit. Wenn LSBTI bei einem Praxisbesuch negative Reaktionen oder gar medizinische Gewalt befürchten müssen, dann beeinträchtigt das die gesundheitliche Versorgung massiv, Angebote präventiver Gesundheitsversorgung werden nicht in Anspruch genommen. Die Aufklärungsarbeit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung muss LSBTI inklusiv gestaltet werden. Das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt muss zu einem verpflichtenden Aus- und Fortbildungsinhalt für Pflege- und Gesundheitsfachberufe werden.

Die Entpathologisierung von Trans- und Intergeschlechtlichkeit sowie ein Verbot von medizinisch nicht notwendigen OPs an Inter* ohne deren Einwilligung müssen endlich durchgesetzt werden. Intergeschlechtliche Menschen erleben das Gesundheitswesen oft als Ort der Gewalt. Ärzt*innen

in Deutschland unternehmen bis heute unnötige Genitaloperationen an Kindern. Statt die Annahme natürlicher Zweigeschlechtlichkeit zu hinterfragen, werden Menschen „passend“ gemacht. Diese Operationen sind keine Heileingriffe, sondern verletzen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde von intergeschlechtlichen Menschen und verstoßen gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

Trans* Personen wird eine bestmögliche physische und seelische Gesundheit oftmals unmöglich gemacht. Die Psychopathologisierung von Transidentitäten und entwürdigende Zwangsbegutachtungen gehören abgeschafft. Trans* müssen das Recht haben, über ihren Körper selbst zu bestimmen. Die oft langwierigen Verfahren bei den Krankenkassen zur Kostenübernahme für geschlechtsangleichende Maßnahmen und Operationen müssen durch entsprechende Richtlinien vereinfacht, beschleunigt und vereinheitlicht werden.

Es bedarf zudem größerer öffentlicher Aufklärung über die Gefährlichkeit sogenannter „Konversionstherapien“ [https://www.lsvd.de/de/ct/914-umpolungstherapien-wollen-homosexualitaet-und-transgeschlechtlichkeit-quot-heilen-quot-] , die vor allem von religiös-fundamentalistischen Organisationen angeboten werden und auf eine Änderung von Sexualverhalten, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität bzw. -ausdruck abzielen. Ein gesetzliches Verbot solcher Pseudo-„Therapien“ an Kindern und Jugendlichen ist schnell auf den Weg zu bringen.

Hintergrund

- Schlechtere Gesundheit von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans* und inter Menschen. Studien: Diskriminierung und Minderheitenstress machen krank und führen zu schlechterem gesundheitlichem Befinden [https://www.lsvd.de/de/ct/2615-schlechtere-gesundheit-von-lesben-schwulen-bisexuellen-trans-und-inter-menschen]

- LSVD-Stellungnahme zum kombinierten siebten und achten CEDAW-Staatenbericht der Bundesregierung von Deutschland. Punkt 3: Für eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung [https://www.lsvd.de/de/ct/543-un-uebereinkommen-zur-beseitigung-jeder-form-der-diskriminierung-der-frau-cedaw-]

- Eckpunkte für die Erweiterung des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus um die Themen Homo- und Transphobie. Kapitel 8: Gesundheitspolitik [https://www.lsvd.de/de/ct/546-nationaler-aktionsplan-nap-menschenrechte-schuetzen-diskriminierungen-beseitigen]

Der LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.